

Der Gesellschaftler.

Amis- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

88. Jahrgang.

Donnerstag, den 10. Juli

1919.

Verlagstag täglich
mit Ausnahme der
Feiertage und Urlaube.

Preis vierteljährlich
mit Postgebühren
DM. 2.70, im Viertel-
jahr 10-Km-Bezirke
DM. 2.70, im übrigen
Württemberg DM. 2.50
Abonnement
1919 Herbsthalbj.

Kunzigen-Verlag
für die einseitige, Zelle aus-
gewähl. Schrift oder
vielen Namen bei einem
Stückpreis 20 Pf.
bei mehrmaligen
Entscheidungen

Verlagsdruckerei
Postfach 25
7113 Stuttgart

156

Deutsche Nationalversammlung.

Wien, 8. Juli. Erste Beratung des Steuergesetzes. In Verbindung mit der Interpretation Auer u. Ser. (U.) betr. steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne. — Reichsminister der Finanzen, Erzberger, nimmt darauf das Wort: Der Krieg in der Welt hat die Finanzen in der schmerzhaftesten Stunde des Reiches habe ich das schwerste Resorpt übernommen. Alle Parteien bitte ich um Unterstützung zum Wiederaufbau, dessen wesentlichste Voraussetzung geordnete Finanzen, eine grundlegende Finanzreform sind. Der Staatsbankrott bringt keine Rettung, denn Staatsbankrott ist Volksbankrott im Innern und raubt Deutschland im Ausland jeden Kredit. Die Ratschläge auf Annulierung der Kriegsanleihe oder Verkündung des allgemeinen Bankrotts mache ich nicht mit. Der Zinsdienst für die Kriegsanleihe muß gesichert sein. Die deutsche Kriegsanleihe ist von den besten Volkswirtschaften aufgebracht worden. Mein oberstes Ziel ist es, Gerechtigkeit im Steuerwesen zu schaffen. Gewisse Steuern sind eine rasch wirkende vorzügliche Sozialsteuer. Im Krieg hat man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Leiber mobil gemacht, aber die allgemeine Wehrpflicht machte Halt vor Kapital und Besitz. Darin liegt auch eine Wurzel der Himmelssturzhaftigkeit und Raschlosigkeit der Lohnforderungen. Heftig, der leichtfertigste aller Finanzminister, ist für die unheilvolle Wirtschaftspolitik verantwortlich, die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat. (Lebhafte wiederholte Rufe: „Sehr richtig.“ links, darauf fürmliche Rufe von der Rechten: „Hut, Hut.“ Großer Lärm. Lebhafteste Rufe links: „Kaus! Kaus!“ Diese Rufe galten einem auf der Rechten gefallenen Zwischenruf, der unter dem Lärm auf der Tribüne nicht gehört worden ist, den Redner aber veranlaßt, der Rechten zuzurufen: „Neu ist mir, daß Sie im Parlamentarischen sich auch der Schimpfworte bedienen.) Ich bin am Beginn des Wiederaufbaus die Bilanz, so haben wir auf der einen Seite ethische und physische Vermögen an Menschenleben und Menschenkraft, Verarmung und Verelendung der unteren und mittleren Schichten, auf der anderen Seite Kriegsgewinne, Reichtum und Wohlleben. Dagegen erhebt sich als stärkste Reaktion des verletzten Gerechtigkeitssinns der wahrhaftige Sozialismus. Das Heilmittel ist Sozialsteuerung. Ein großes Stück davon ist schon vollzogen durch Steigen des Arbeitslohnes und Fallen des Geldwertes. Der Kapitalist mit 6000 M Jahreseinkommen aus 100 000 M Vermögen steht jetzt schlechter als der Telegraphenarbeiter mit 7800 M Lohn. Eine gute Reichsfinanzreform wird dem Reich nach Sozialsteuerung Gerechtigkeit schaffen: Erbschaftsteuer und große Vermögensabgabe sind die ersten elementaren Schritte, andere werden folgen. Für die Erhaltung der deutschen Einheit bedarf es eines neuen Systems der Steuerordnung. Vor dem Krieg erhob das Reich nicht ganz 2 Milliarden Steuern und Abgaben, die Einzelstaaten und Gemeinden ungefähr 3 Milliarden. Bei Friedensschluß brauchte das Reich für eigene Bedürfnisse 17 Milliarden, Einzelstaaten und Gemeinden 6 Milliarden. Die Einnahmen des Reichs müssen um 900, die der Einzelstaaten und Gemeinden um 100 v. H. gesteigert werden. Das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten ist jetzt viel enger als früher, denn beide sind nach dem Friedensvertrag gegenüber dem Vertragsgegner gemeinsam verpflichtet. Einzigste Steuerinsel wird es künftig im Reich nicht mehr geben. Den Kriegbedarf der Zukunft müssen wir aufbringen, wobei wir einen Anlaßbedarf und Wiedergutmachung zu unterscheiden ist. Die voraussichtlichen jährlichen Ausgaben werden sich auf 17,5 Milliarden belaufen. Die Höchstsumme für die Wiedergutmachungen konnte trotz aller Bemühungen im Friedensvertrag nicht festgestellt werden. Ich bin entschlossen, den Weg der harten Sparbarkeit zu gehen. Unproduktive Ausgaben darf es nicht mehr geben. Deshalb muß auch der schrittweise Abbau der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt werden. Wie soll der Gesamtbedarf für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden, den ich mit rund 25 Milliarden beziffere, gedeckt werden? Keine Pläne hierfür liegen bereits fest. Die laufenden finanziellen Reichseinnahmen vor dem Krieg betragen nicht ganz 2 Milliarden, von 1913 bis 1918 sind während des Krieges an neuen laufenden Einnahmen 4000 Millionen erschlossen worden. Hierzu treten an einmaligen Abgaben der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nebst Zuschlag in Höhe von 5,7 Milliarden und die Kriegsteuer für 1918 mit etwa 2 Milliarden. Die neu vorliegenden Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 1200 Millionen Einnahmen bringen und ferner einmalige Einnahmen, die eine dauernde

Hinzusparnis von 600 Millionen versprechen. Es ist also noch die Summe von mehr als 10 Milliarden zu decken. Zwei große neue Steuern nähern sich im Finanzministerium ihrem Abschluß und ich beabsichtige, sie noch vor Beginn der Parlamentsferien dem Hause zu unterbreiten: Die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Aber auch wenn diese Vorlagen unverändert angenommen würden, ist der Fehlbetrag für den eigenen Bedarf noch nicht gedeckt. Die Summe für die Wiedergutmachungen muß auf andere Weise aufgebracht werden. Im Herbst werden der Nationalversammlung neue Vorlagen zugehen mit dem Codizil, diese Fehlbeträge zu decken. Die Steuerlast wird eine geradezu entsetzliche Höhe erreichen, eine feste Größe sind die 72 Milliarden schwebende Schulden. Ihre Befreiung ist eine der dringendsten Aufgaben, entweder durch Umwandlung in eine fest fundierte Anleihe oder durch Tilgung mit Hilfe großer Abgaben. Der Redner geht dann auf die bereits bekannten Steuerentwürfe ein u. sagt weiter: Weitere werden kommen, teilweise noch in diesem Monat, darunter die einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Die beiden Massen warten seit der staatlichen Umwälzung auf die großen Opfer der Besiegten. Pflicht der Besiegten ist es, durch Hingabe von Reichsheimen und Ueberfluß die Brücke zur sozialen Verbesserung zu schlagen. Grundlegende Systemänderungen in der Steuerverwaltung werden baldigt unterbreitet. Im Interesse des Reiches müssen die Steuerentwürfe noch vor den Ferien erledigt werden. Die Steuerentwürfe können endlich nur die Form geben, Steuern selbst bringen sie nicht. Diese werden nur gebracht durch Arbeit. Unermüdete Arbeit ist der Segen für die Einzelperson wie für das Reich. Den Reichtum hat uns der Krieg genommen. Die Welt hat uns die internationale Gerechtigkeit verweigert, um so leidenschaftlicher und energischer aber wollen wir arbeiten für eine in Gerechtigkeit wieder ausblühende Heimat und all unser Sorgen und Mühen widmen dem armen, aber gerechten Deutschland. Gerechtigkeit, Arbeit und Vaterland müssen der heilbringende Dreiklang sein, der das neue Deutschland einleitet, und durch bessere Zeiten ankündet.

Einem Vorschlag des Reichsausschusses entsprechend beschließt das Haus, daß von jeder Partei nur ein Redner je ein Stunde sprechen darf. — Reil (Soz.) die Rede, die wir soeben gehört haben, ist ein dankenswerter Versuch, die beispiellos ungeheuren finanzpolitischen Aufgaben, vor denen wir stehen, zu meistern. Sie hat nur den einen großen Fehler: sie ist zu spät gehalten worden. Dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen den gegenwärtigen Finanzminister, sondern gegen seine Amtsvorgänger. Milliarden sind in den 5 Jahren seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung über die Grenze geschmuggelt, verschoben, versteckt, verschwunden — jedenfalls dem Steuerzugriff entzogen worden. Nicht nur materielle Verluste sind damit verbunden gewesen, sondern auch moralische Nachwirkungen der schlimmsten Art. Das Vertrauen vieler Volkskreise in die Reichsfinanzverwaltung ist dadurch aufs höchste erschüttert worden. Die Unruhen in den letzten Monaten sind reichlich durch dieses große Verkommen mit hervorgerufen worden. Das Bündel neuer Steuern, das uns nun endlich zur Beratung vorgelegt wurde, läßt leider die große und kühne Entschlossenheit vermissen, ohne die eine Lösung der gigantischen Aufgaben auf diesem Gebiet unmöglich ist und wünscht nur eine Fortsetzung und Wiederholung jener Steuerentwürfe, die während des Krieges schon in Angriff genommen worden waren. Der Redner übt sodann eine scharfe Kritik an der deutschen Reichsfinanzpolitik. Aus der Reichserbschaftsteuer, die rasch zu erledigen ist, muß eine Milliarde Mark mehr herangezogen werden. Die Nachlasssteuer ist hinsichtlich der großen Nachlässe viel zu gering. Bis zur vollen Konfiskation des Erbteils sind die Verschärfungen auszuüben. Dagegen ist der Logus der oberen Schichten unrettbar. Finanzielle und soziale Gründe sprechen für ein radikales Vorgehen der Regierung. Ehe wir an die indirekten Steuern herangehen, müssen wir wissen, wie das ganze Steuerverfahren überhaupt in Zukunft gestaltet werden kann. Die Steuererhebung muß so sein, daß jeder Mann im Volke die Ueberzeugung gewinnt, daß die Gerechtigkeit die Grundlage des Staates ist.

Farwisch (3.): Bei unserer traurigen Finanzlage müssen wir uns mit aller Wucht auf unsere schaffende Kraft werfen. Die Parole muß sein: Arbeit! Die Arbeit in den größeren Betrieben, verstaatlichte sozialisiert, muß die Basis geben für ersprechliche Arbeitsleistungen, um unseren großen Aufgaben gerecht werden zu können. Daß die Spekulation in Kriegsanleihe durch das Gesetz über die Kriegsanleihe ihren Welter gesunden haben, wird im Volk ungeheure Befriedigung hervorrufen. Es ist ferner ein mit Lobes zu krönendes Beginnen, daß den Kriegsgewinn-

lern das Handwerk gelegt wird. Es ist richtig, daß die Auskunftsspflicht der Banken schärfer als bisher gesetzlich ausgesprochen wird. Es gilt, in unserem Volke alle physischen und moralischen Kräfte zusammenzurufen, um die ungeheuren Lasten zu tragen. Man hätte dem Volke rechtzeitig begreiflich machen müssen, daß es mit dem Schuldenmachen nicht getan sei, sondern daß auch hohe Steuern uns auferlegt werden. In der Steuerpolitik müssen wir fortan unsere lebhafteste Sozialpolitik treiben. Diese gerechte Besteuerung des Volkes sei das beste soziale Gesetz. (Lebh. Beifall im 3.) — Schiffer (D.) verteidigt sich gegen die Vorwürfe des Abg. Reil wegen Verschleppung der Steuerentwürfe und der damit entstandenen Schuld, daß dem Reich erhebliche Einnahmen verloren gegangen seien. Er verwahrt darauf, daß die Besteuerung des Kriegsgewinnes schon Ostern fertig gewesen ist; daß damals aber nicht verhandelt wurde, ist Schuld der Nationalversammlung, die keine Pause einlegte. (Zuruf links: Wir haben protestiert.) Hinsichtlich der Abwanderung des Kapitals nach dem Ausland haben wir alles getan, was zu machen war. Ich bin vollsteht der veralteten Meinung, daß ein so großer, ungeheurer Eingriff in das Wirtschaftsleben sorgfältig überlegt sein müsse. Unser Wirtschaftsleben darf nicht immer und immer wieder Experimenten ausgesetzt werden, sondern man muß wissen, was getan werden soll, damit man sich darauf einstellen kann. Der Reichsfinanzminister hat erklärt, die erste Voraussetzung für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens sei eine gesunde Finanzverfassung. Aber ich glaube, der Finanzminister betrachtet selbst diese Vorlage nicht als ein solches grundlegendes Steuerreform; denn was uns hier geboten ist, ist im Grunde genommen nichts weiter als eine Weiterführung und Ausgestaltung der früheren Finanzverfassung, die man allerdings ebenso gut als Finanzreform bezeichnen könnte. Der schwerste Vorwurf, der gegen das alte Gesetz über die außerordentliche Kriegsanleihe zu erheben war, war der, daß dadurch nur das Vermögen, nicht aber das Einkommen herangezogen wurde. Bei der Besteuerung der Vermögen muß aber auch in gewissem Rahmen die Ruhestückverteilung des Geldes berücksichtigt werden. Das Kapital dürfen wir bei der Besteuerung nicht verschonen, sondern es muß dafür gesorgt werden, daß möglichst viel Kapital erzeugt wird, um unsere Wirtschaft wieder ins Leben zu bringen. (Sehr richtig bei den D.) Wir dürfen das Kapital nur soweit zur Steuer heranziehen, als mit der Gesundheit unserer Volkswirtschaft und unseres Wirtschaftslebens vereinbar ist. Wir müssen und wollen die Lasten tragen, können sie aber auch tragen, wenn sie sich in vernünftigen Grenzen bewegen und verteilt werden nach Maßgabe der Kräfte. (Beifall.)

Darauf teilt Vertagung ein. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Entwurf des Gesetzes über den Friedensschluß, Petitionen zur Friedensfrage. — Der Präsident teilt einige Beschlüsse des Reichsrates über den Arbeitsplan mit, daraus ist hervorzuheben, daß in einer 2. Sitzung Mittwoch nachm. 3 Uhr die Beratung der 1. Beratung der Steuerentwürfe stattfinden wird.

Wann fallen die Warenpreise?

Ober: Der einzig wirkame Gegenstreik.

Täglich liest und hört man: „Die Streiks haben nicht eher ein Ende, als die Preise für die Lebensmittel gefallen sind.“ Dieser entschuldigende Satz ist total falsch! Die Nischen z. B. waren in diesem Jahre nur so überhöht teuer, weil es Leute genug gab, die sie kauften. So geht es mit allen Nahrungsmitteln. Sie gehen durch so viele Hände, bevor sie an den Verbraucher gelangen, weil jeder Zwischenhändler noch reichlich auf die Ware schlagen kann. Gekauft wird sie ja doch! Und weshalb werden viele Waren außer den Lebensmitteln gekauft. Nicht etwa, weil man sie braucht, man könnte sie ohne Schaden wochenlang entbehren; allein man kauft die Ware, allein weil das Geld vorhanden ist. Reicht das Geld nicht, so wird dennoch gekauft und hinterher eine Lohnverhöhung verlangt, erhält man diese nicht ohne weiteres, so wird gestreikt. Hier liegt des Pudels Kern! Würden nämlich die teuren Sachen nicht gekauft worden sein, so wäre der Preis in wenigen Tagen gesunken. Die fortwährenden Streiks führen nur dazu, daß die Preise noch mehr in die Höhe schweben; denn je höher das Einkommen des Einzelnen, desto mehr kann er sich leisten. Die Nachfrage steigt und damit die Preise. Die Streiks tragen zur Herabminderung der Produktion bei. Nur mit Ausfuhrerhalten können wir aber die Einfuhrwaren bezahlen. Ohne Ausfuhr keine Einfuhr, ohne Einfuhr kein Steigern des Angebots und damit keine Senkung der Preise!

Es ist also außer der intensiven Arbeit notwendig, daß die Nachfrage künstlich herabgesetzt wird: die teuren Waren müssen vom Käuferpublikum urteilslos abgekauft werden. Kaufen keine Waren mehr zu Höchstpreisen. Der Streik einer einzelnen Arbeitergruppe erschwert den anderen Berufs die Lebenshaltung und zwingt sie gleichfalls zu Lohnstreiks. Einer Gruppe muß automatisch die andere folgen, will sie in ihrer Lebensmöglichkeit nicht schlechter gestellt sein; dann hat aber jeder Wirtschaftstreik ein Streiken der Preise zur Folge. Es muß also der Streik unterbleiben, oder es muß den Streikenden zum Bewußtsein gebracht werden, daß der Streik nicht weiter als einen Lohnausfall bedeutet, dann fällt auch die Nachfrage und der Preis automatisch.

Dagegen ist ein Streik der Masse gegen die Wucherer nötig! Die Regierung hat mit dem Gegenstreik begonnen, sie hat den Preis für Auslandslebensmittel erniedrigt. Alle zum Leben unbedingt erforderlichen Waren müssen zu einem möglichen Preis erhältlich sein, was infolge der Rationierung möglich ist. Alle übrigen Waren aber müssen ungekauft bleiben, bis sie im Preise stark gesunken sind. Das ist der Gegenstreik, der durchgeführt wird durch ein erforderlichenfalls gewalttätiges Erschließen aller Streiks. Einem kurzen Entbehren folgen erträgliche Zustände.

Tagebueuigkeiten.

Heber den Kaiser.

Bern. Sembat spricht in der „Heure“ die Ansicht aus, daß das Londoner Urteil kein richtiges Urteil sein werde, weil die Alliierten als Feinde des ehemaligen Kaisers nicht auch seine Richter sein könnten. Man solle nicht die Form des allgemeinen Jus parodieren und den Kaiser wie einen gewöhnlichen Angeklagten vor Gericht stellen. Mindestens müßten in dem Gericht auch Neutrale sitzen, um ihm den Charakter unparteiischer Gerechtigkeit zu geben. Der Kaiser könne nur von einem deutschen Gericht oder von einem internationalen Gericht des Völkerbundes, der alle Nationen umfasse, verurteilt werden. Sembat schloß, daß nur die internationale Gerechtigkeit die einzige Gerechtigkeit sei, die er kenne, die über jeden Verdacht erhaben wäre.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Der Berliner Verkehrsstreik geht weiter. In aller Versammlungen beschlossen gestern die Straßenbahner und ebenso die Hochbahner, den Ausstand fortzusetzen bis zur Erreichung des Sieges. Der Bürgererrat wandte sich an den Reichsverkehrsminister und empfahl, den Straßenbahner ein Ultimatum zu stellen und durch freiwillig einzustellende Ingenieure und Techniker einen Teil der Bahnen wieder in Betrieb zu setzen.

Aufnahme der Finanzrede Erzbergers.

Berlin, 9. Juli. Zur Finanzrede Erzbergers heißt es in der „Germania“: Besonders begrüßenswert ist es, daß an der Spitze der Ausführungen die Ablehnung des Staatsbankrotts gestellt wurde. Der Reichsfinanzminister hat diese Zuversicht, daß wir über den Berg hinwegkommen werden, wenn wir arbeiten unter Anspannung aller Kräfte. Wenn Erzberger den Staatsbankrott als unhilfslos zurückweist, so wird damit zum Ausdruck gebracht, daß er für die Unverletzbarkeit der Kriegsanleihe voll und ganz eintritt. Mit der Kriegsanleihe steht und fällt unsere gesamte Finanzwirtschaft. — Die Deutsche Allg. Ztg. hält es für besonders sympathisch, daß Erzberger in seiner Rede die Notwendigkeit einer durch partikularistische Interessen nicht beeinträchtigten, einheitlichen Reichsfinanzreform klar herausarbeitet.

Der Gesandtenwurf über die Ratifizierung des Friedensvertrags.

Weimar, 8. Juli. Der Gesandtenwurf über die Ratifizierung des Friedensvertrages, der heute der Nationalversammlung zugegangen ist, besteht aus folgenden 2 Artikeln: 1) Dem am 28. 6. 19 unterzeichneten Friedensvertrage zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten und dem dazu gehörenden Protokoll, sowie der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande wird zugestimmt. Der Friedensvertrag, das Protokoll und die Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht. 2) Dieses Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Kleine Nachrichten.

Wiborg, 7. 7. Jekaterinoslaw in der südlichen Ukraine ist von Deniken erobert worden.

Amsterdam. Nachmittagspost meldet, daß in England frisch von Deutschland importierte Solinger Scheeren verkauft würden. Sheffield liefert an Solingen Perlmutter und Ebenholz für Messergriffe.

Das Ver. Tagel. meldet aus Hamburg: Durch Verordnung des Korps Lettow-Vorbeck sind für das Gebiet von Groß-Hamburg bei den Landgerichten Hamburg und Altona und bei dem Amtsgericht in Harburg außerordentliche Kriegengerichte eingesetzt worden, die sich mit der schnellen Aburteilung der schweren Verbrechen vom 24. und 26. 6. zu befassen haben.

Hamburg. Das Korps Lettow-Vorbeck tritt mit: Der zum 12. Juli hier einberufene Kongreß der Lazarett-Inassen findet nicht statt wegen des Belagerungszustandes. — Die Abstimmung der Beamten und der Arbeiterschaft des Eisenbahnbetriebs Hamburg-Altona-Wilhelmsburg ergab vorläufig 6829 Stimmen für und 4392 Stimmen gegen die Streikaufnahme. 303 Stimmen sind unglücklich. Die Stimmung gegen den allgemeinen Ausstand verflückt sich.

Berlin. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Danzig: Gestern traf hier ein englischer Ausschuß unter Führung eines Generals zur Besprechung des Friedensvertrags und der Besetzung Danzigs ein. Die Weiterreise nach Braunsberg und Komet ist geplant.

Der „Berliner Lok.-Anz.“ meldet aus Koburg: Die Landesversammlung des Kreises Koburg beschloß die Einführung einer rein parlamentarischen Regierung, bestehend aus zwei Sozialdemokraten und einem bürgerlichen Mitglied. Ihnen wird das Staatsministerium unterstellt.

Berlin. Wie der Bankbeamtenverein mitteilt, wurde nach einer Versammlung der Bankbeamten das Mitglied des Volksrates und Geschäftsführer des Bankbeamtenverbandes März verhaftet.

Bern. Die schweizerische Delegation bei der Friedenskonferenz erklärte schweizerischen Blättern zufolge, daß sie zwar die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland ablehne, aber den Vertrag mit Österreich unterzeichnen werde. Mühen werde China automatisch Mitglied des Völkerbundes werden.

Aus Stadt und Bezirk.

Magd., 10. Juli 1918.

Kriegsverluste.

Die würt. Verlustliste Nr. 776 verzeichnet: Weidlich, Friedrich, 21.8.81, Enghärdterle, schwer verwundet. — Klebhammer, David, 14.7.92, Unterjettigen, gefallen. (Koch. gem.) — Rüdiger, Ernst, 4.8.98, Magd., gefallen. — Schlotter, Johannes, 24.12.88, Kettingen, leicht verwundet. — Seimetz, August, 19.6.97, Glandingen, bis verm. (B.L. 757) in Gefangenschaft. — Gock, Christian, 1.5.97, Entringen, schwer verwundet in Gefangenschaft. — Hennesfort, Friedrich, 12.9.94, Zimmeler, leicht verwundet. — Gerbis, Josef, 24.1.88, Köhrdorf, bisher vermisst. (B.L. 747), in Gefangenschaft gestorben. — Vogt, Jakob, 13.2.97, Rappingen, bisher vermisst (B.L. 749), in Gefangenschaft. — Wollensch, Vinzenz, 19.7.95, Solgitten, bisher vermisst (B.L. 742), in Gefangenschaft.

Konzert Haas. Der besonders als Schubertliebhaber-Interpret bekannte Konzert- und Orchesterleiter Fritz Haas aus Stuttgart wird, wie schon veröffentlicht, nächsten Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr im Festsaal des Seminars unter Mitwirkung von Frau Elise Haas und Herrn Hermann Keller den Lieberghyllus „Die sieben Mäuler“ von Rich. Müller, komponiert von Fr. Schubert, zum Vortrag bringen. Der Prolog und Epilog, sowie die nicht komponierten Gedichte werden von Frau Elise Haas gesprochen, während die Begleitung der Orgel der ebenfalls bestens bekannte Organist Herr H. Keller aus Stuttgart übernommen hat. Dieses nur höchst selten in seiner ursprünglichen Fassung zu Gehör gebrachte Lieberghyllus wurde von Herrn und Frau Haas schon in verschiedenen Städten mit großem Erfolg vorgetragen und von der Presse gebührend gewürdigt. Wie sich überzeugt, daß auch das kunstfertige Konzertpublikum in Magd. diese wertvolle Darbietung mit Freuden begrüßen wird.

Die Reichsbanknoten zu 50 M. Im Amtsblatt der Würt. Verkehrsanklagen wird bekannt gegeben: Die Reichsbanknoten zu 50 M., Ausgabe vom 20. Oktober 1918, sind nach der Anweisung aufgehoben und nicht mehr ausgegeben, sondern an die Reichsbank bezw. an die zur Entgegennahme der Abfallslieferungen bestimmten Stellen abzuliefern.

Neue 100 Markscheine. Die Reichsbank beabsichtigt, die Ausgabe der 50-Markscheine einzustellen. Es sollen dagegen wieder 100-Markscheine ausgegeben werden. Zu dieser Maßnahme scheint das Reichswateramt Anlaß gegeben zu haben, das allgemein im Volke gegenüber dem im unzulänglichen Druckverfahren hergestellten 50-Markschein herrscht.

Neuer Zustrom bei den Sparkassen. Auch der April hat nach der Statistik der Sparkassen „Sparkasse“ einen gewaltigen Zustrom gebracht. Man kann ihn mit 700 Millionen M. (gegen 600 Mill. i. J. 1918) schätzen. Damit ist für das Jahr 1919 (d. h. die ersten 4 Monate) die dritte Milliarde an Zuwachs überschritten. Zuwachs im Januar 1919 1250 Millionen (1918 1250, 1917 600), im Februar 1919 800 Millionen (600, 500), im März 1919 400 Mill. (400, 160), im April 1919 600 Mill. (600, 300). Zunahme 1919 3150 Millionen (2850, 1360). Bedauerlich ist, daß die Beteiligung der breiten Schichten zurückgeht.

Die englische Besatzungsbehörde. In dem von England besetzten Gebiete des linken Rheinufers sind sämtliche Einschränkungen des postalischen Verkehrs (Posten, Telegraphen und Telegraphen) nach Unterzeichnung des Friedensvertrages aufgehoben. Nur die Briefsperrre bleibt einwirken noch bestehen. Dagegen sind sämtliche Nachrichten über Aufhebung der bisherigen Einschränkungen und Besatzungsbehörden bei Kellen in die von den Franzosen besetzten Gebieten wichtig; vielmehr bleiben sämtliche während des Waffenstillstands verfügte Bestimmungen der französischen Behörde bestehen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Stuttgart. Das „Reichsnotopfer“, wie die kommende einmalige Vermögensabgabe heißt, wird in den Reichsbesitzungen sehr erheblich eingreifen; sie wird bei ganz großen Vermögen über 100 Millionen Mark bis zu 75% gehen. In weitem Umfang wird auf kinderreiche Familien und auf solche mit kleinem Einkommen Rücksicht genommen werden, unter Umständen durch jünstliche Stundung bis zum Ableben.



Das hier für die Verabreichung nach dem Saal des ehemaligen Reichs-... mit 1500 kg. Kapazität - 20 Personen mit Gepäck.

Von der Euz. In Pforzheim sind gegenwärtig Einberufene in Bijouteriefabriken Mode. Schon wieder wird einer gemeldet. Als zwei Schupfente nachts durch die Emilianstraße kamen warfen zwei Männer, auf die sie dort stiegen, zwei Säcke weg und flohen. In den Säcken fand sich eine Menge offenbar gestohlener Schmuckwaren. Erkennungsweise hat sich der Bestohlene noch nicht gemeldet.

Stuttgart, 8. Juli. Die Wahl des Stichtags für die Kriegsabgabe und die Reichsvermögensabgabe ist noch nicht endgültig bestimmt. Als Stichtag für die große Vermögensabgabe ist neuerdings der 1. Dezember 1919 genannt worden. Für die Kriegsabgabe muß jedoch ein anderer Stichtag genommen werden als für die Vermögensabgabe, da die erstere vor der letzteren erfolgen muß.

Stuttgart, 8. Juli. Durch die Maßnahmen des Reichs sehen sich die Einzelstaaten auf steuerlichem Gebiet lebhaft berührt, nicht allein deshalb, weil durch die neuen Reichssteuern die Möglichkeit der Erhebung von Landessteuern in sehr erheblichem Maße beeinträchtigt wird, sondern insbesondere auch deswegen, weil diese großen Kapitalsteuern, Vermögenssteuern und Erbschaftsteuern das Einkommen der künftigen Jahre wesentlich verringern werden. So scheint die Sorge nicht unbegründet, ob die Finanzhoheit und Finanzverwaltung der Einzelstaaten sich auf die Dauer ausreicht erhalten lassen und die Einzelstaaten überhaupt noch in der Lage sein werden, über ihre Steuern frei zu verfügen. Möglicherweise angesichts des ungeheuren finanziellen Bedarfs des Reichs der Gedanke der Übernahme der Einkommensteuer auf das Reich erwacht. So wäre die erste Voraussetzung dafür die Übernahme der Verkehrsanklagen auf das Reich, denn es ist klar, daß an einen Abbau der Steuer nicht gedacht werden kann, solange die Verkehrsanklagen mit ihrem Verlust die eigentümlichen Einnahmen, auch den württembergischen, in so hohem Maße belasten. In Württemberg würde der Gedanke der Übernahme nicht nur der indirekten Steuern, wie in der Reichsverfassung vorgesehen, sondern auch der direkten Steuern auf das Reich auf sich selbst Widerstand stoßen.

Stuttgart. Das Kriegsministerium gibt bekannt: In letzter Zeit ist das Gerücht ausgebreitet, die Reservepflichtstruppen sollen aufgelöst und durch Einwohnereinheiten, die auf anderer Grundlage aufgebaut würden, ersetzt werden. Dieses Gerücht ist falsch. Die Staatsregierung legt nach wie vor großen Wert auf den Ausbau und die innere Festigung der Organisation der Reservepflichtstruppen. Nach Beendigung der Aufstellung der Reichswehrabgabe sollen die Reservepflichtstruppen so wie sie sind, unter dem Namen „Einwohnerwehren“ an die Volkshilfe angegliedert werden. Bezüglich der Zusammenlegung der Reservepflichtstruppen wird festgestellt: Die Reservepflichtstruppen bilden sich unpolitisch aus allen Kreisen der Bevölkerung, die auf dem Boden der vom Volk gewählten Regierung und der Aufsichtsbekanntmachung von Ruhe und Ordnung stehen. Wehren, die sich als reine Bürger-, Studenten-, Arbeiter- oder Bauernwehren bilden, und ausschließlich die Aufnahme anderer Ortsbewohner ablehnen, werden vom Reich nicht anerkannt.

Spingen. Eine Anzahl Schuhwarenhändler bieten die während des Krieges zu 5 und mehr Mark verkauften Holzlandalen in den Württembergischen Paare zu 1.50 Mark an. Ein weiterer Schuhwarenhändler übertrumpft die erfindenen dadurch, daß er die Sandalen am Samstag an Bedürftige gratis verteilte, was er ebenfalls in den Württembergischen veröffentlicht.

Zwiefalten. Ein 10 Minuten langer Hagel richtete bei dem letzten Gewitter an Gartengewächsen, Blumen u. Feldfrüchten schweren Schaden an. Man rechnet mit 70 bis 90%. In Dürrenwäldern fielen so große Eispfäde daß zwei Enten erschlagen wurden. Das Gewitter hat in Dautingen, Gelsingen und Haldstetten und namentlich auch in einigen Gemeinden des Oberamts Kießlingen Schaden angerichtet.

Mergentheim. Wegen ungenügender Ernteablieferung erfolgte in letzter Zeit gegen eine große Anzahl Grundbesitzer des Bezirks Anzeiger bei der Staatsanwaltschaft. Das Amtsgericht stellte sich jedoch dem Vernehmen der „Landberg.“ nach, auf den Standpunkt, daß eine Bestrafung erst dann verhängt werden könne, wenn der letzte Termin verstrichen ist, ohne daß der Grundbesitzer seiner Lieferungsspflicht nachgekommen wäre. Die Straf anzeigen wurden deshalb vorläufig abgewiesen.

Vom Bodensee. Da nach dem Friedensvertrag bekanntlich 50 Kilometer von der neuen Grenze kein Standort für die Reichswehr gestattet ist, so soll Konstantin zu dem Infanteriebataillon noch zwei Pionierkompanien bekommen. Inwiefern unsere Feinde uns gestatten, in der





Die Wartburg, welche vom Reich angekauft und Nationaldenkmal geworden ist.

Die Wartburg,
ein Bergschloß bei Eisenach, 394 m ü. d. M., um 1070 von Ludwig dem Springer erbaut, bis 1440 Sitz der Thüringer Landgrafen, wurde 1847-70 erneuert; hier fand der sog. Wartburg-Krieg (Sängerkrieg auf der Wartburg) und 1817 das Wartburg-Fest der Buchhändler statt; berühmt ist die Wartburg besonders durch die hl. Elisabeth von Thüringen und den Rosenkranz-Luther, der vom 4. Mai 1521 bis 6 März 1522 dwerte.

50 Kilometerzone Poststrassen zu halten, ist noch nicht entschieden. Sondern kommen als baldige Standorte Konstant und Landwehrschloß in Betracht.

Die Finanzlage Württembergs.
p Stuttgart, 8. Juli. Die politische Umwälzung und ihre Folgen haben auch für große neue Ausgaben für den Staat mit sich gebracht. Zu den Ausgaben für Arbeiter- und Soldatenlöhne, sowie für Sicherheitskommissionen sind die Forderungen für das Arbeits- und Erwerbsministerien, die Landesregierung für Brant und Arbeiter, sowie die nicht unbeträchtlichen Kosten für Erwerbslosenlöhne gekommen, außerdem eine Schuld von 60 Millionen Mark für Eisenbahnbauten. Der letztere Schuldenbedarf von 60 Millionen macht es zunächst nicht notwendig, daß der Staat an den Anleihemarkt erhe. Da dem nicht, Staat immer größere Summe auf Buchschuld zur Verfügung gestellt wurden, (zu einem Zinssatz von 4%, zu einem Kurs von 92%) so wurden diese Briefe fast als Voranschlag auf die voranschlagene Anleihe genommen, trotz des Betrag von 60 Millionen Mark ist schon durch die Eingabungen zur Buchschuld gedeckt sind.

Die Befassung der großen und mittleren Einkommen durch die neue Steuererhöhung.

p Stuttgart, 8. Juli. Bei der Steuerüberstellung der bisherigen Belastung des Einkommens durch die staatliche Einkommensteuer und die im neuen Staatshaushalt für 1919 vorgeschlagene neue Belastung fällt die Tatsache auf, daß der neue Tarif für die mittleren Einkommen zwischen 6000 und 8000 Mark eine verhältnismäßig große Steigerung der Höhe und eine heftigere Mehrbelastung um das Doppelte vor sich hat. Bei einem Einkommen von beispielsweise 7000 Mk. würde die Steuererhöhung allein (ohne die Gemeindefeste!) nahezu 500 Mk. (gegen früher 250 Mk.), also 7% des Einkommens betragen. Der Satz steigt dann bei den hohen Einkommen (von 300000 Mk. nach aufwärts) bis auf 25%. Bei dieser Belastung darf nicht übersehen werden, daß die hohen Einkommen eine weitere sehr wesentliche Belastung erfahren durch die vorgeschlagene Erhöhung der Kapital- und Rotationssteuern. Auch durch die neuen Reichsteuern werden die großen Vermögen ganz außerordentlich in Anspruch genommen. Die staatliche Belastung der großen Einkommen beträgt sich tatsächlich auf 39%. Die schärfste Heranziehung auch der mittleren Einkommen war deshalb wohl unumgänglich, wenn man nicht die laufenden Ausgaben des Staatshaushalts, die sich zweifellos weiter fortsetzen werden, auf Schulden nehmen wollte.

Württemberg Kostenanteil an der Verbilligung der Auslandslebensmittel.

p Stuttgart, 8. Juli. Für die Kosten der Verbilligung der Auslandslebensmittel ist ein Zuschuß von 1/2 Millionen erforderlich, den Reich, Staat und Gemeinden zu gleichen Teilen zu tragen haben. Auf Württemberg entfällt schätzungsweise ein Anteil von 20-25 Millionen für das laufende Wirtschaftsjahr, also je 7-8 Millionen für die Monate Juli, August und September. Der Kostenanteil der Gemeinden soll durch Anrechnung auf die von den Gemeinden für das Reich verauslagten Kriegsfamilienunterstützungen gedeckt werden.

Beihingen.
Schafweide-Verpachtung.
Am Samstag den 12. Juli 1919 nachm. 1 Uhr wird die hiesige Nachsommer-schafweide, welche vom 1. August bis 31. Dez. 1919 mit 150 Stück besetzt werden kann, auf hiesigem Rathaus verpachtet. Liebhaber sind eingeladen.
170
Gemeinderat.
Eisenbahn-Paketadressen
vorhändig bei G. W. Jaifer, Buchh., Nagold.

Familiennachrichten.

Taufwärtler.
Geb. oderb.: Jakobus Bode, 42 Jahre alt, Dettlingen; Georg Beck, 10 Jahre alt, Dettlingen; Paul Reuter, 17 Jahre alt, Calw; Carl von Bellina, Regierungsrat a. D., 92 Jahre alt, Neudlingen; Albert Böhm, resp. Schulz, 78 Jahre alt, Bühl.

Letzte Nachrichten.

Der Gesandtschaftsübertrag über die Ratifikation des Friedensvertrags angenommen.

Weimar, 9. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Gesandtschaftsübertrag über die Ratifikation des Friedensvertrags in allen 3 Lesungen in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen. Hamburg. In einer Versammlung der ausländischen Eisenbahnen wurde die Wiederaufnahme der Arbeit heute früh beschlossen.

Lebensmittel. Eine große Zahl ausländischer Import- und Exportfirmen, die ihre Waren nachgewiesenermaßen abzugeben, ist hier vertrieben worden; in Ludwigsfelde ist man z. B. mit ausländischen Lebensmittel geradezu überflutet.

Haunover. Im Verlauf der Unruhen wurde einer der Führer der russische Bolschewik Robert Kowalew, General. Nach Paris. Wäckerling steht auf der Liste der Auszuwandernden auch Herr von Albrecht von Württemberg, unter der Bezeichnung des Grafen von Komar; ferner General-Oberst v. Gind, der Abreise ist er nicht; General Timon in Komar, General von Schradt und mehrere Gefangenenerlager-Kommandanten.

Wimar. Vertreter der landgerichten Landesparteien protestierten in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung heftig gegen die Verewaltigung. Aus dem Haag. Präsident Wilson ist in New York eingetroffen und nach Washington weitergefahren.

Wutmaßl. Weiter am Freitag und Samstag. Wutmaßl. weiter, mit Gewitter verbunden.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Kurt Jaifer, Nagold.
Druck u. Verlag: Dr. G. W. Jaifer, Nagold. (Kurt Jaifer) Nagold.

Amüliches.

Oberamt Nagold.

An die Gemeindegewerben u. Privatwaldbesitzer.
Die Staats- und die Kreisforstverwaltungen haben im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit einer ferneren Unterstützung der Landwirtschaft aus dem Walde die Wälder in der Provinz, die bisherige neuerliche Bestimmungen hinsichtlich der Streunung, Ertragsgewinnung und des Viehwidens unangetastet in Kraft bleiben. Hinsichtlich der Streunung, Ertragsgewinnung und des Viehwidens sind die Bestimmungen der diesjährigen Heurats und der zu erwartende Mangel an Stroh lassen es als geboten erscheinen, daß auch auf die Privatwaldbesitzer in diesem Sinne eingewirkt wird. Die größeren Privatwaldbesitzer werden daher dringend aufgefordert, die Streunungen insoweit zu gestatten, als sie die vorhandenen Forste nicht für die eigene Wirtschaft brauchen. Die Abgabe sollte freihändig und nicht im Wege der Versteigerung erfol-

gen. Auch wäre es erwünscht, wenn ohne weiteres käufliche Gewinnung der Waldstreu erlaubt, also ein Zusammenbringen auf möglichst regelmäßige Häufen nicht verlangt würde. Als Vergütung für den Kammermeister Waldstreu (Laub und Moos) dürfte ein Betrag von 2 A zugunsten etwaiger Ausbesserungskosten angemessen sein, mögen der Preis für Unkrautstreu (Heide, Farnkraut, Sumpfschwamm, Heidekraut u. dergl.) den Satz von 1 A für den Km. seinenfalls überschreiten sollte.
185
den 8. Juli 1919. **Münz.**

Laut Beschluß des Reichskabinetts wird vom 7. Juli d. S. an der Preis für Auslandsmehl auf 85 Pfg. das Pfund festgesetzt.

Der Mehl bereits zum alten erhöhten Preis bezogen hat, wolle dies in den betr. Geschäften, wo das Mehl geholt wurde, bis spätestens 19. ds. Mts. anmelden. Ob und auf welche Art eine Rückvergütung der Preissteigerung auf das Mehl gewährt werden kann, wird später bekanntgegeben.
184

Die Preise für den eingetroffenen amerikanischen Speck, welcher noch nicht abgesetzt werden muß, werden ebenfalls in Kürze veröffentlicht.
Nagold, den 8. Juli 1919. **Oberamt: Münz.**

Fleischpreise-Erhöhung.

Auf Grund einer Erhöhung der Viehpreise werden die Fleisch- und Wurstpreise mit Wirkung vom 7. Juli d. S. an unter Vorbehaltung der Bestimmung der Fleischpreisregulierungsstelle Stuttgart wie folgt festgesetzt:

Rindfleisch	2,70	das Pfund
Kalbsteck	2,45	
Hammelfleisch, Vorküchlein	2,70	
für die übrigen Stücke	2,15	
Blutwurst	1,-	
Leberwurst	1,60	
Schwarzenmaggen, rot	1,90	
weiß	2,-	
Schinkenwurst angeraucht	2,85	

186
Nagold, den 9. Juli 1919. **Oberamt: Münz.**

Kaminreinigungsgeldern.

Auf Grund der Verfügung der Regierung des Schwarzwaldkreises vom 2. Juli 1919 werden die Kaminreinigungsgeldern für die Krebbezirke des Schwarzwaldkreises, soweit diese nicht als eine Pflicht umfassen, mit Rücksicht auf die derzeitige Lage mit Wirkung vom 15. Juli ds. J. bis auf weiteres festgesetzt wie folgt:

1. Grundgebühren	40 A
2. Jedes Stöckwerk	10 "
3. Kaminloch, Heizwinkel, Kugelhaken, Abschlußklappen	10 "
4. Herd, Kessel und diejenigen Öfen, welche dem Kaminreinigungsgang unterliegen, bis 2 m jeder weitere m	10 "
5. Verbindungsstücken der gegliederten Kamine	10 "
6. Abdecken der Kamine	10 "
7. Gemauerte Kamine über 60 cm Lichtweite	10 "
8. Ganggebühren unter Beschränkung auf solche in dem ausführenden Dienstverhältnis des Staatshandwirts namentlich aufgeführten Wohnplätze, die insgesamt weniger als 2 Kamine zählen und nicht als 1 Km. von der Eitergrenze des nächsten ohne Ganggebühren zu bedienenden Wohnplatzes entfernt sind, für jeden Kamin	20 "
9. Für Ausbessern mit nachfolgender Reinigung der 3-jährige Betrag bei Stellen des Arbeitsmaterials durch den Kaminleger. Wenn die Besitzer das Material selbst stellen, der 2/3-jährige Betrag.	
10. Reklagen der Kamine von gewerblichen Betrieben und Gemeindegewerben	100 "
11. Rauchkammern von Reggereten	30-80 "
12. Für a-fertiggestellte Arbeiten, die dem Gang unterliegen, wie Darsen und dergl., für jede Stunde	2,50-3 A
13. Für Feilherd, d. h. vom 1. April bis 15. Oktober 1. April bis 6 1/2 Uhr und a. 16. Oktober bis 31. März 1. April vor 7 1/2 Uhr, für jedes Kamin 60 A Zuschlag. Dieser Zuschlag darf bei Bedarf auf dem erhöht werden, wenn die Feilherd von dem Zahlungspflichtigen ausdrücklich verlangt worden ist.	147

Nagold, 7. Juli 1919. **Oberamt: Münz.**

Rebnulach.
Das 124
Sammeln der Waldbeeren
ist in den städtischen Waldungen der Wäldungen Albnulach, Liebelsberg, Oberhang, frett, Effringen und Schönbrunn für Fremde verboten und wird beim Anreisen derselben unachtsamlich Anzeige erstattet werden.
Den 5. Juli 1919.
Gemeinderat.

Letzt einer vererbt. Einwohnerschaft von hier und Umgebung mit, daß ich mit heutigem die
Annahmestelle
der chem. Waschanstalt u. Färberei
von Wilh. Staiger, Pfullingen
übernommen habe und bitte im Bedarfsfälle um güt. Berücksichtigung.
Hochachtungsvoll
Frau Carl Raich
Kirchstr. 320 Nagold.
61
Trauersachen werden sofort besorgt.
Schnelle und gewissenhafteste Bedienung.

